

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesminister Bodo Hombach (Leitung); Staatsminister Rolf Schwanitz, Bundeskanzleramt; Parlamentarischer Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, BMBF; Parlamentarische Staatssekretärin Christa Nickels, BMG; Parlamentarischer Staatssekretär Gerd Andres, BMA; Staatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger, BMF; Staatssekretär Dr. Alfred Tacke, BMWi; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Prof. Dr. Klaus Gretschmann, Leiter der Abteilung 4 im Bundeskanzleramt; Dr. Bernd Pfaffenbach, Gruppenleiter in der Abteilung 4 im Bundeskanzleramt; Jochen Homann, Leiter der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt

Wirtschaft: Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie; Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks; Dr. Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages

Gewerkschaften: Dr. Günther Horzetzky, Bundesvorstandssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Werner Anton Reuer, Geschäftsführer des Gewerkschaftsrates der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Dr. Klaus Lang, Leiter der Abteilung 1, Vorsitzender, Koordinierung, Politische Planung beim Vorstand der IG Metall; Norbert Ranft, Leiter der Abteilung Vorsitzender beim Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie; Dr. Sabine Groner-Weber, Leiterin des

Zentralen Grundsatzbüros der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Bisherige Treffen:

21. Dezember 1998; 12. Januar 1999; 2. Februar 1999; 21. Februar 1999; 11. März 1999; 10. Mai 1999

Am 9. März fand im Bundeskanzleramt eine gemeinsame Sitzung der Steuerungsgruppe des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien und Vertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften zum Thema „Bündnisaktivitäten auf Bundes- und Länderebene“ statt.

Benchmarking-Gruppe

Sie unterstützt die Steuerungsgruppe. Alle Beteiligten haben Fachleute und renommierte Wissenschaftler entsandt. Hier soll eine gemeinsame Datenlage hergestellt, Probleme identifiziert und damit die Grundlage für gemeinsames Handeln geschaffen werden. Die Bestandsaufnahme des Wirtschafts- und Sozialstandortes Deutschland im internationalen Vergleich muß eindeutig sein. So wurde z.B. ein Vergleich der Steuerbelastungen in Europa erarbeitet, dessen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Steuerpolitik zur Verfügung gestellt wurden.

In Arbeit ist ferner eine vergleichende Übersicht über die Strategien verschiedener Länder zur Verbesserung der Erwerbschancen Niedrigqualifizierter mit dem Ziel, "best practices" zu

identifizieren sowie die Erstellung eines Datensatzes zum Wirtschafts- und Sozialstandort Deutschlands im internationalen Vergleich (Verabredung im zweiten Spitzengespräch am 25. Februar 1999).

Die Bertelsmann-Stiftung unterstützt die Arbeit der Benchmarking-Gruppe.

Teilnehmer:

Leitung: Bundesminister Bodo Hombach

Wissenschaft: Prof. Dr. Gerhard Fels, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft; Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Universität Bochum; Prof. Dr. Heide Pfarr, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung; Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln

Bundesregierung: Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Prof. Dr. Klaus Gretschmann, Leiter der Abteilung 4 im Bundeskanzleramt; Jochen Homann, Leiter der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt; Mathias Bucksteeg, Referatsleiter im Bundeskanzleramt; Dr. Peter Rosenberg, Leiter der Abteilung Grundsatz und Planung im BMA; Gert Meißner, Referatsleiter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im BMF

Bisherige Treffen:

15. Januar 1999; 26. Januar 1999; 2. Februar 1999; 17. Februar 1999; 16. März 1999; 13. April 1999; 10. Mai 1999

Arbeits- bzw. Expertengruppen

• Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, gemeinsame Ziele und Aktivitäten der Bündnispartner zur Sicherung der Ausbildungschancen der jungen Generation sowie zur Modernisierung des dualen Systems der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung zu entwickeln.

Bei ihrem ersten Treffen hat die Arbeitsgruppe die Themen „Beiträge von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zur Umsetzung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche“ und „Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes für 1999“ beraten.

Weitere Themen 1999 sind:

- Weiterbildung und Modernisierung des dualen Systems der Berufsausbildung;
- Weiterentwicklung der Konzepte zur Förderung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen sowie zur Senkung des Anteils der Jugendlichen ohne Berufsabschluss;
- Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern und
- Weiterentwicklung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesministerin Edelgard Bulmahn (Leitung); Bundesminister Walter Riester; Bundesministerin

Dr. Christine Bergmann; Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit; Parlamentarischer Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, BMBF; Staatssekretär Dr. Alfred Tacke, BMWi; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Veronika Pahl, Leiterin der Abteilung Allgemeine Bildung, Berufliche Bildung im BMBF; Bernd Buchheit, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung im BMA; Dr. Friedrich Homann, Leiter der Abteilung Mittelstandspolitik, Handwerk und Dienstleistungen im BMWi; Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ

Wirtschaft: Dr. Josef Siegers, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Dr. Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages; Jobst R. Hagedorn, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (für den Bundesverband der Deutschen Industrie); Karl Spelberg, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung beim Zentralverband des Deutschen Handwerks; Geerd Woortmann, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung beim Deutschen Industrie- und Handelsstag

Gewerkschaften: Dr. Regina Görner, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Lutz Freitag, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Erwin Vitt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; Gabriele Glaubrecht, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvor-

standes der IG Bergbau, Chemie, Energie; Dr. Ursula Herdt, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; Wilfried Adams, Mitglied des Bundesvorstandes der IG Bauen-Agrar-Umwelt; Elisabeth Vogelheim, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; Walter Scheuerle, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft

Bisherige Treffen:

25. Januar 1999; 29. März 1999

• **Arbeitsgruppe Steuerpolitik**

Die Arbeitsgruppe begleitet die aktuellen steuerpolitischen Reformvorhaben der Bundesregierung.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Staatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger (Leitung); Dr. Ulf Böge, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im BMWi; Dr. Albert Peters, Leiter der Unterabteilung IV A im BMF; Dr. Gerd Stuhmann, Referatsleiter IV A 2 im BMF; Johannes Höfer, Referatsleiter I A 5 im BMWi; Klaus Pfitzner, Referatsleiter Steuerpolitik im BMA; Michael Sell, Abteilung 4 im Bundeskanzleramt; Ralph Hoffmann, Referat IV A 1b im BMF; Ingetraut Meurer, Referat IV C 2 im BMF

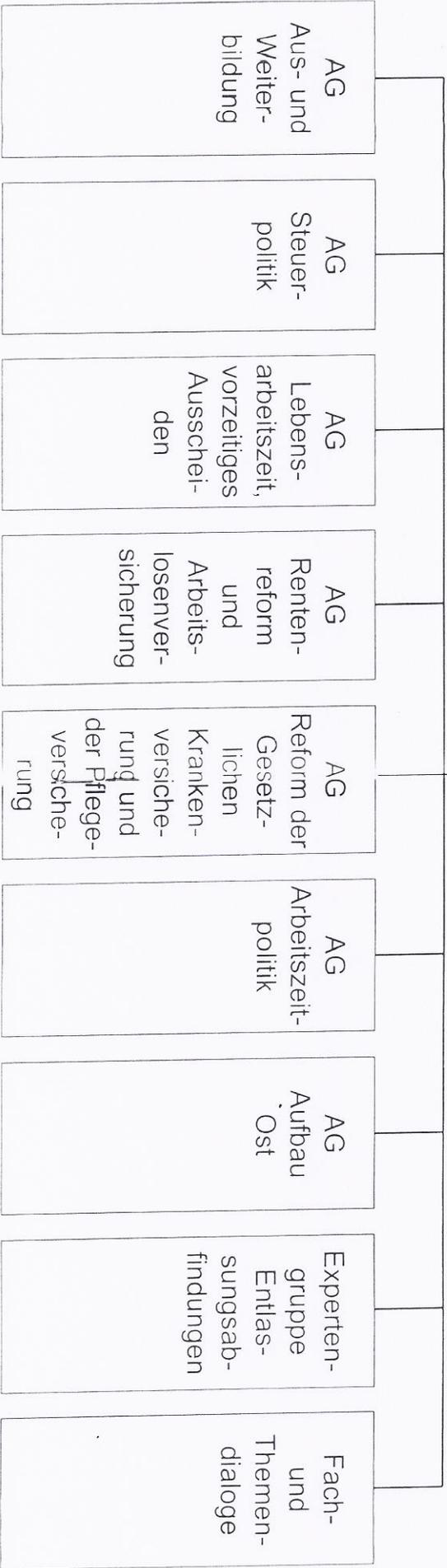
Wirtschaft: Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie; Hans-Jürgen Müller-Seils, Leiter der Abteilung Steuer- und

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit

Spitzengespräch

Steuerungs-
gruppe

Benchmarking-Gruppe



Haushaltspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie; Ottheinrich von Weitershausen, Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Volkswirtschaft, Finanzen und Steuern der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Fritz Weinert, Leiter der Abteilung Steuer- und Finanzpolitik beim Zentralverband des Deutschen Handwerks; Alfons Kühn, Leiter der Abteilung Finanzen und Steuern des Deutschen Industrie- und Handelstages

Gewerkschaften: Dr. Hans-Georg Wehner, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund; Dr. Hartmut Tofaute, Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund; Regina Milde, Leiterin der Abteilung Steuer- und Wettbewerbspolitik, Strukturpolitik; Ressort Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Ingrid Scheib-Lange, Abteilung Wirtschaft, Technologie, Umwelt beim Vorstand der IG Metall; Dr. Dieter Hockel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik und Industriegruppen beim Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie; Birgit Ladwig, Referat Wirtschafts- und Finanzpolitik der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Bisherige Treffen:

26. Januar 1999; 18. Februar 1999

- **Arbeitsgruppe Lebensarbeitszeit, vorzeitiges Ausscheiden**

Gegenstand der Arbeitsgruppe sind flexibilisierte und verbesserte Möglichkeiten für das vorzeitige Ausscheiden im Rahmen

der bestehenden gesetzlichen Altersgrenzen durch gesetzliche, tarifvertragliche und betriebliche Regelungen; dazu gehört auch die Diskussion des Tariffonds-Modells des BMA.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesminister Walter Riester (Leitung); Dr. Peter Rosenberg, Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung im BMA; Dr. Thomas Ebert, Leiter der Abteilung Sozialversicherung, Sozialgesetzbuch im BMA; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ; Dr. Eckehart Hagen, Leiter des Referats „Bündnis für Arbeit“ im BMA

Wirtschaft: Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Christoph Kannengießer, Leiter des Büros des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages; Bernhard Schmalz, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Zentralverband des Deutschen Handwerks; Hans Paul Frey, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbands Chemie e. V.

Gewerkschaften: Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Lutz Freitag, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender der IG Metall; Werner Bischoff, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie; Ernst-Ludwig Laux, Stellvertretender Bundesvorsitzender und Leiter der Abteilung Tarifpolitik der IG

Bauen-Agrar-Umwelt; Peter Blechschmidt, Leiter der Abteilung Tarifpolitik und Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Bisherige Treffen:

20. Januar 1999; 13. April 1999

- **Arbeitsgruppe Rentenreform und Arbeitslosenversicherung**

Diese auf längere Frist angelegte Arbeitsgruppe wird sich mit grundlegenden Strukturfragen bei den Sozialversicherungssystemen befassen.

Die Arbeitsgruppe wird von Bundesminister Walter Riester geleitet werden.

- **Arbeitsgruppe Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung**

Die Arbeitsgruppe begleitet die laufenden Gesetzgebungs-vorbereitungen zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesministerin Andrea Fischer (Leitung); Dr. Herrmann Schulte-Sasse, Leiter der Abteilung 2 im BMG; Andreas Brandhorst, Leiter des Ministerbüros im BMG; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt;

Udo Scholten, Gruppenleiter in der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Gerhard Funkschmidt, Leiter der Unterabteilung I C im BMWi; Claudia Solms-Sieglin, Referat I C 6 im BMWi

Wirtschaft: Jürgen Husmann, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Dr. Achim Dercks, Referatsleiter VIII 3 beim Deutschen Industrie- und Handelstag; Dr. Anne Dohle, Abteilung Tarifpolitik und Arbeitsrecht des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Gewerkschaften: Dr. Ursula Engelen-Kefer, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Lutz Freitag, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Horst Schmitthener, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der IG Metall; Eckerhard Linnemann, Leiter der Abteilung Sozialpolitik der IG Bergbau, Chemie, Energie; Ursula Derwein, Mitglied des Vorstands der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; Klaus Carlin, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

Bisherige Treffen:

22. Februar 1999; 19. April 1999

- **Arbeitsgruppe Arbeitszeitpolitik**

Neue Wege der Arbeitszeitgestaltung können einen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit – zumindest aber zu einer Beschäftigungssicherung – leisten. Schwerpunktthemen der Arbeitsgruppe sind:

- Arbeitszeitflexibilisierung und Abbau von Überstunden,
- Teilzeitarbeit sowie
- Altersteilzeit.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesminister Walter Riester (Leitung); Parlamentarischer Staatssekretär Gerd Andres, BMA; Dr. Thomas Ebert, Leiter der Abteilung Sozialversicherung, Sozialgesetzbuch im BMA; Dr. Cornelia Fischer, Leiterin der Abteilung Arbeitsrecht, Arbeitsschutz im BMA; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Prof. Dr. Klaus Gretschmann, Leiter der Abteilung 4 im Bundeskanzleramt; Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ; Rainer Irlenkauser, Leiter der Unterabteilung Arbeitsförderung, Arbeitslosenversicherung im BMA; Ralf Dembkowsky, Referat Arbeitszeit im BMA

Wirtschaft: Dr. Werner Stumpfe, Geschäftsführender Präsident der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V.; Wolfgang Reß, Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Lohn- und Tarifpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Dr. Günter Albrecht, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Deutschen Industrie- und Handelsstag; Bernhard Schmalz, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Zentralverband des Deutschen Handwerks

Gewerkschaften: Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Uwe Gudowius, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Heribert Karch, Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall (für

Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender der IG Metall); Norbert Hansen, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; Günter Heidorn, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft; Dr. Franziska Wiethold, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; Frank Werneke, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Medien (für Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien); Werner Weck, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (für Rainer Wittoff, Zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten)

Bisherige Treffen:

8. Februar 1999; 23. März 1999

• **Arbeitsgruppe Aufbau Ost**

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die besonderen Problemlagen der neuen Bundesländer im Rahmen der Bündnissprache aufzugreifen und hierfür Lösungen vorzuschlagen. Insbesondere geht es um Wege zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sowie um eine gezielte Unterstützung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Wichtige Themen werden u.a. sein:

- verbesserte Integration von förderbedürftigen Arbeitslosen und von Jugendlichen in den regulären Arbeitsmarkt;
- Erschließung des überregionalen Absatzes für ostdeutsche Produkte und Verbesserung des Marktzugangs für ostdeutsche Unternehmen;

- Verbesserung der Zahlungsmoral;
- gezielte Verbesserung der Standortbedingungen für Investoren und Existenzgründer und
- wirksamer Einsatz der Instrumente der wirtschaftlichen Förderung in den neuen Ländern.

An der Arbeitsgruppe Aufbau Ost sind auch die Regierungen der neuen Länder beteiligt.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Staatsminister Rolf Schwantz, Bundeskanzleramt (Leitung); Parlamentarischer Staatssekretär Gerd Andres, BMA; Staatssekretär Dr. Uwe Thomas, BMBF; Detlev Biedermann, Leiter des Arbeitsstabes „Angelegenheiten der neuen Länder“ im Bundeskanzleramt; Klaus Dornbusch, Arbeitsstab „Angelegenheiten der neuen Länder“ im Bundeskanzleramt; Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ; Dr. Eike Röhling, Leiter der Abteilung Technologie- und Innovationspolitik, Neue Bundesländer im BMWi; Dr. Willi Koll, Leiter der Unterabteilung I A im BMF

Regierungen der neuen Länder: Staatssekretär Dr. Otto Ebnert, Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern; Staatssekretär a.D. Dr. Thomas de Maizière, Staatskanzlei Sachsen, Koordinator der Ministerpräsidentenkonferenz-Ost; Staatssekretär Niels Jonas, Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt; Staatssekretär Dr. Michael Krapp, Chef der Staatskanzlei Thüringen; Staatssekretär Volker Kühne, Chef der Senatskanzlei Berlin; Minister Dr. Jürgen Linde, Chef der Staatskanzlei Brandenburg

Wirtschaft: Dr. Andreas Winkler, Geschäftsführendes Präsidialmitglied und Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.; Carl-H. Hahn, Vorstandsvorsitzender a.D. (für den Bundesverband der Deutschen Industrie); Petra Hintze, Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg; Dr. Hans-Joachim Haß, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie; Dr. Rudolf Ridinger, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Zentralverband des Deutschen Handwerks; Dr. Günter Albrecht, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Deutschen Industrie- und Handelstag; Stefan Küpper, Stellvertretender Leiter der Abteilung Lohn- und Tarifpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Gewerkschaften: Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Jürgen Schenk, Leiter des Landesverbandes Sachsen-Anhalt/Thüringen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Joachim Töppel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; Hartmut Löschner, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie; Dr. Franziska Wiethold, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; Jutta Schmidt, Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Bisherige Treffen:

27. Januar 1999; 18. Februar 1999; 21. April 1999

• **Expertengruppe Entlassungsabfindungen**

Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung sind sich einig, die Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld sowie die Besteuerung von Abfindungen neu zu regeln. Die drei Seiten haben eine erste Vereinbarung getroffen (siehe Kapitel „C. Zwischenergebnisse“). Die Gespräche werden mit dem Ziel fortgesetzt, eine Neuregelung zu finden, die ausreichende Anreize bietet, anstelle von Entlassungsabfindungen stärker Maßnahmen zur aktiven beruflichen Wiedereingliederung zu finanzieren.

Teilnehmer:

Bundesregierung: Bundesminister Walter Riester (Leitung); Staatssekretär Dr. Werner Tegtmeier, BMA; Staatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger, BMF; Heinrich Tiemann, Leiter der Abteilung 3 im Bundeskanzleramt; Bernd Buchheit, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung im BMA; Gerhard Juchum, Leiter der Abteilung Besitz- und Verkehrssteuern im BMF; Rudolf Anzinger, Leiter des Ministerbüros im BMA; Matthias Rockstroh, Referatsleiter Arbeitslosenversicherung im BMA; Gert Meißner, Referatsleiter I A 7 im BMF; Andreas Henkes, Referat II b 1 im BMA

Wirtschaft: Dr. Josef Siegers, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Robert Reichling, Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Dr. Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelssta-

ges, Dr. Harald Hendel, Abteilung Finanzen und Steuern beim Deutschen Industrie- und Handelsstag; Klaus Strohner, Abteilung Steuer- und Haushaltspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie

Gewerkschaften: Dr. Ursula Engelen-Kefer, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Dr. Hans-Georg Wehner, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund; Dr. Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik und internationale Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund; Hans-Heinrich Rubbert, Leiter der Abteilung Sozialpolitik bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der IG Metall; Veronika Keller-Lauser, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie; Rolf Steinmann, Vorstandsmitglied und Leiter der Abteilung Mitbestimmung und Recht bei der IG Bauen-Agrar-Umwelt

Bisherige Treffen:

18. Januar 1999

Fach- und Themendialoge

Ziel der Dialoge ist es, neue bzw. bislang nicht ausreichend erschlossene Beschäftigungsfelder zu erkunden und Vorschläge zu erarbeiten, wie diese besser ausgeschöpft werden können. Es sollen Barrieren, die unternehmerische Betätigung- und Beschäftigungsspielräume einengen, identifiziert

ziert und Vorschläge formuliert werden, wie diese beseitigt werden können. Die einzelnen Fach- und Themendialog-Runden können in eigener Zuständigkeit Expertengruppen (auch mit externen Sachverständigen) einsetzen und sie beauftragen, Lösungsvorschläge für mehr Beschäftigung in ihrem Bereich auszuarbeiten. Ergebnisse werden zunächst der Steuerungsgruppe vorgelegt.

Bislang sind unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie folgende Fach- und Themendialoge vereinbart worden:

- Beschäftigungspotentiale in der Dienstleistungswirtschaft;
- Beschäftigungspotentiale im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (3. März 1999, 6. Mai 1999);
- Mittelstand/Handwerk – kleinere und mittlere Unternehmen – Gründung und Wachstum (15. April 1999) und
- Automobilindustrie – ressourcenschonende Technologien.

Unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sind die Fach- und Themendialoge

- „Forschung, Entwicklung, Innovation/Offensive für Existenzgründer“ (15. März 1999) und
- „Bio- und Gentechnologie“
vorgesehen.

Unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist der Fach- und Themendialog

- Arbeit und Umwelt
vorgesehen.

Weitere Fach- und Themendialoge werden aufgenommen, wenn einer der Bündnispartner dies wünscht.

In den Arbeitsgruppen sollen die frauenpolitischen Reformprojekte der Bundesregierung offensiv eingebracht werden. Bundesministerin Dr. Christine Bergmann wird diese Aspekte gezielt in die Arbeitsgruppen einführen.

Verzahnung mit den Bündnissen auf Landesebene

Am 9. März fand das 1. Treffen der Chefs der Staats- und Senatskanzleien, Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften mit Bundesminister Bodo Hombach zu Bündnisaktivitäten auf Landesebene im Bundeskanzleramt statt.

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit

 Eine Information
der Bundesregierung

Unser erster Schritt: Jobs und Chancen für 100.000 Junge

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften wollen gemeinsam die Arbeitslosigkeit abbauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken, um damit gerade auch jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Das erste Ergebnis des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit ist das Sofortprogramm „Jobs und Chancen für 100.000 Junge“ zum Abbau der Jugendberufslosigkeit.

Hier gibt es viele gute Ideen für arbeitslose Jugendliche: Angebote, den Hauptschulabschluss nachzuholen, berufliche Praktika, zusätzliche Ausbildungsplätze, Lohnkostenzuschüsse für Betriebe, die einstellen, und vieles mehr, damit Jugendliche, die bisher keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben, eine neue Chance erhalten.

■ Wir wenden uns an die Unternehmen: Arbeiten Sie mit dem Arbeitsamt zusammen, um Jugendliche über das Sofortprogramm zu beschäftigen.

■ Wir wenden uns an die Betriebs- und Personalräte: Helfen Sie mit, daß Jugendliche ihre Chance bekommen.

■ Wir wenden uns an alle, die über Ausbildungs- und Arbeitsplätze entscheiden: Lassen Sie Ihren Beitrag, damit Jugendliche zeigen können, was in ihnen steckt.

Helfen Sie mit!

Für die Bundesregierung

Gerhard Schröder
Bundeskanzler

Walter Rieter
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Edelgard Ruhnahn
Bundesministerin für Bildung
und Forschung

Für die Wirtschaft

Dipl.-Ing. Hans Peter Söhl
Präsident des Deutschen Industrie-
und Handelsstaats

Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel
Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Industrie e.V.

Dr. sc. oec. Dieter Hantsch
Präsident der Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.

Dieter Philipp
Präsident des Zentralverbandes
des Deutschen Handwerks

Für die Gewerkschaften

Dieter Schulte
Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

Roband Isen
Vorsitzender der Deutschen
Angestellten-Gewerkschaft

Auftaktanzeige vom 18. 1. 1999

C. Zwischenergebnisse

I. Sofortprogramm „100.000 Jobs für Junge“

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften wollen gemeinsam die Arbeitslosigkeit abbauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Das erste Ergebnis dieses Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit ist das Sofortprogramm „100.000 Jobs für Junge“ zum Abbau der Jugendberufslosigkeit. Es sieht Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für 100.000 Jugendliche vor.

Das Programm richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die einen Ausbildungsplatz suchen bzw. nach einer Ausbildung arbeitslos sind und wird von der Bundesanstalt für Arbeit mit ihren Arbeitsämtern umgesetzt. Insgesamt stehen 2 Milliarden DM für das Sofortprogramm bereit. 600 Millionen DM davon werden durch den Europäischen Sozialfonds getragen.

Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich verpflichtet, den nachfolgenden Aufruf „Jobs und Chancen für 100.000 Junge“ in ihren Verbandspublikationen zu unterstützen.

Das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendberufslosigkeit ist erfolgreich. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren von Januar bis April 1999 schon über 117.000 Jugendliche in eine Maßnahme eingetreten.

II. Beteiligung der Bundeswehr am Sofortprogramm

Am 27. Januar 1999 haben Bundesminister Rudolf Scharping und Bundesminister Walter Riester eine Initiative zur Beteiligung der Bundeswehr am Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vorgestellt. Mit diesem Programm sollen die Berufsperspektiven insbesondere der Grundwehrdienstleistenden ohne qualifizierte Berufsausbildung nachhaltig verbessert werden.

5.000 von Arbeitslosigkeit bedrohte Grundwehrdienstleistende können sich in Ausbildungseinrichtungen der Streitkräfte oder in zivilen Bildungseinrichtungen bis zu 12 Monate zivilberuflich qualifizieren. Dafür stellt die Bundeswehr 100 Millionen DM bereit. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt im Rahmen des Sofortprogramms „100.000 Jobs für Junge“ weitere 35 Millionen DM zur Verfügung.

Darüber hinaus wird der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr die Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung intensivieren, um die Wehrpflichtigen nach Abschluß ihrer Dienstzeit bei der Suche nach einer Anstellung bei zivilen Arbeitgebern zu unterstützen.

III. Entlassungsabfindungen

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich in der Expertengruppe Entlassungsabfindungen darauf geeinigt, zum 1. April 1999 zunächst im Grundsatz den Rechts-

zustand wiederherzustellen, der vor dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes bis zum 31. März 1997 bestanden hat.

Das bedeutet: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht, wenn die maßgebliche Kündigungsfrist nicht eingehalten wird (früherer § 117 Arbeitsförderungsgesetz – AFG). Die Erstattungs-pflicht des Arbeitgebers bei der Freisetzung älterer Arbeitnehmer unter den Bedingungen des früheren § 128 AFG wird wieder eingeführt.

Die vorgesehene Besteuerung von Abfindungen (Halbierung der Steuerfreibeträge) wird durch eine geringere Einschränkung der Steuerfreibeträge (um ein Drittel) abgemildert. Das geplante Abschmelzen des Steuerfreibetrages bei Abfindungen von mehr als 50.000 DM entfällt.

Der Deutsche Bundestag hat das Entlassungs-Entschädigungsänderungsgesetz am 4. März 1999 beschlossen; der Bundesrat hat dem Gesetz am 19. März 1999 zugestimmt.

IV. Verbesserung der Ausbildungsplatz-situation 1999

Im zweiten Spitzengespräch am 25. Februar 1999 haben die Wirtschaftsverbände erklärt, daß sie daß betriebliche Ausbildungsplatzangebot 1999 erneut über den demographisch bedingten Zusatzbedarf hinaus erhöhen werden.

Impressum

Herausgeber:
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
Welckerstraße 11
53113 Bonn

Druck:
Druck Center Meckenheim GmbH
53340 Meckenheim

Schriftenreihe Berichte und Dokumentationen
Stand: Mai 1999

ISSN 0172 - 7575

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Weitere Informationen zum Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbe-
werbsfähigkeit finden Sie im Internet unter: <http://www.bundesregierung.de>.

Wenn Sie Bestellungen aufgeben möchten:

Telefon: 0180/522-1996*
Fax: 0180/522-1997*
Schriftlich: Bundespresseamt, 53105 Bonn oder
Bundespresseamt, Neustädtische Kirchstrasse 15,
10117 Berlin
Internet: <http://www.bundesregierung.de>

(* gebührenpflichtig)